Christiane Streubel

Antidemokratische Konzepte politischer Teilhabe

Journalistinnen in der radikalnationalistischen Öffentlichkeit der Weimarer Republik

1. Einführung

Über siebzehneinhalb Millionen Frauen wurden bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 erstmals an Deutschlands Wahlurnen gerufen[1]. Der einschneidende verfassungsrechtliche Wandel von 1918/19, in dem die Einführung des Frauenwahlrechts einen zentralen Baustein bildete, löste in den folgenden Jahren einen kommunikativen Umbruch aus. Ein zentrales Denkmodell der politischen Rechten wurde offen in Frage gestellt: die Vorstellung von der genuin „unpolitischen Frau", die von politischen Entscheidungsprozessen grundsätzlich ausgeschlossen werden sollte.

Die Frage nach der veränderten politischen Teilhabe von Frauen als Folge des Frauenwahlrechts soll in diesem Beitrag aus einer handlungstheoretischen und historisch-semantischen Perspektive behandelt werden. Dabei wird das Politische als ein gesellschaftlicher Kommunikationsraum verstanden, dessen Grenzen und Strukturmerkmale diskursiv ausgehandelt werden. Der Schwerpunkt des Interesses liegt in dieser Perspektive auf den Kommunikationsstrategien sozialer Akteure, auf den von ihnen verwendeten Semantiken und der Neustrukturierung des politischen Raums durch kommunikative Praxis[2]. Dieser Ansatz will den Politikbegriff in seiner jeweiligen Abhängigkeit von zeitgenössischen Debatten im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts erklären. Mit Dietrich Busses Konzept der historischen Semantik werden Begriffe wie „politische

---

[1] Vgl. Die Wahlen zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919, bearb. im Statistischen Reichsamt, Berlin 1919, S. 24f.

[2] Vgl. Heinz-Gerhard Haupt, Vorwort. Inklusion und Partizipation, in: Christoph Gusy/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), Inklusion und Partizipation. Politische Kommunikation im historischen Wandel, Frankfurt a.M./New York 2005, S. 9–13, hier S. 9f.

Mitarbeit" im Hinblick auf ihre sprachliche Verwendung in konkreten Erfahrungskontexten untersucht[3]. Ausgangspunkt meiner Analyse ist die im Kaiserreich noch dominante Anschauung von dem notwendigen und gerechtfertigten Ausschluss der Frauen aus der politischen Sphäre.

2. Das Ideal der „unpolitischen Frau" vor 1918

In Paragraf 8 des preußischen Vereinsgesetzes von 1850 war „Frauenpersonen, Geisteskranken, Schülern und Lehrlingen" der Besuch politischer Versammlungen und die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen verboten worden[4]. Diese Regelung wurde erst 1908 aufgehoben, als Frauen im neuen Reichsvereinsgesetz gestattet wurde, am öffentlich-politischen Leben teilzunehmen und Mitglieder von Parteien zu werden. Motiviert war diese Reform durch das weit verbreitete Interesse an der Mobilisierung neuer Gruppen für Parteizwecke[5]. Das Wahlrecht erhielten Frauen im deutschen Kaiserreich aber nicht.

Ihre Vertretung auf staatlicher Ebene war aus Sicht der wilhelminischen Rechten durch ihre männlichen Verwandten und Ehemänner sichergestellt, die im Sinne der gesamten Familie die angemessenen politischen Entscheidungen treffen würden. Ein Wahlrecht für Frauen hätte den Parteienstreit nur in die Familien getragen, so das Credo unter konservativen und völkischen Publizisten. Im bürgerlich-konservativen Denken war nach wie vor eine klare Aufgabentrennung vorgesehen, die dem Mann die Sphäre von Politik und Gesellschaft zuwies, den Frauen die Bewahrung von Familie und Heim. Dies schloss die Überzeugung ein, dass Frauen aufgrund ihrer Emotionalität und mangelnden Entschlossenheit grundsätzlich nicht für die politische Arena geeignet seien. Zugleich drohte den Männern bei einer Feminisierung der Politik der Verlust ihres „kriegerischen Geistes". Für die große Mehrheit der Rechten galt weiterhin Treitschkes Diktum von 1899 als Ideal:

---

[3] Vgl. Dietrich Busse, Historische Semantik. Analyse eines Programms, Stuttgart 1987, S. 74.

[4] Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Missbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts, Berlin 1850.

[5] Vgl. Kirsten Heinsohn, Im Dienste der deutschen Volksgemeinschaft. Die „Frauenfrage" und konservative Parteien vor und nach dem Ersten Weltkrieg, in: Ute Planert (Hrsg.), Nation, Politik und Geschlecht. Frauenbewegungen und Nationalismus in der Moderne, Frankfurt a.M./New York 2000, S. 215–233, hier S. 216.

„Obrigkeit ist männlich; das ist ein Satz, der sich eigentlich von selbst versteht."[6] Viel Druckerschwärze wurde vor 1918 in rechtsgerichteten Zeitungen und Zeitschriften darauf verwendet, um eine Ausweitung politischer Rechte auf Staatsbürgerinnen zurückzuweisen, die vor und im Ersten Weltkrieg immer häufiger öffentlich diskutiert wurde[7].

Mit der Einführung des Frauenwahlrechts wurde für die politische Rechte die erfolgreiche Popularisierung ihrer Politik unter den neuen Wählerinnen zu einer Frage von Sein oder Nichtsein. Im Zeitalter des Frauenwahlrechts drohte Parteien das Ende, die Frauen auf den häuslichen Bereich beschränken und von jedweder politischen Handlung oder Meinungsäußerung fernhalten wollten. In dieser Umbruchsituation entstanden auf rechter Seite neue Semantiken, die jetzt die politische Inklusion von Frauen legitimierten und auf die Mobilisierung von Wählerinnen gerichtet waren.

3. Frauen als Wählerinnen seit 1918/19

Nach der Einführung des Frauenwahlrechts am 12. November 1918 durch den Rat der Volksbeauftragten wurde die Mobilisierung von Frauen für die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung im Januar 1919 zunehmend hektisch betrieben. Die Frauenabteilungen der neu gegründeten Sammlungspartei auf der Rechten, der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), befanden sich in dieser Phase noch im Aufbau. Deshalb hing der Wahlerfolg wesentlich vom Engagement konservativ-protestantischer Frauenvereine ab, die es schon im Kaiserreich gegeben hatte. Angehörige rechts orientierter Frauenorganisationen, die vor 1918 gegen das Frauenwahlrecht gewesen waren, gingen nun von Haus zu Haus und warben um die Stimmen der Frauen. Die deutschnationalen Parteistellen druckten Broschüren und Handzettel, die speziell an Frauen gerichtet waren, und sorgten für ihre tausendfache Verbreitung. Zusätzlich wurden Wahlberatungsstellen und Rednerinnenkurse für Frauen eingerichtet[8]. Männliche Vereinsführer halfen bei der Auswahl und Umwerbung neuer Vereinsfunktionärinnen,

---

[6] Heinrich von Treitschke, Politik. Vorlesungen, gehalten an der Universität zu Berlin, hrsg. von Max Cornicelius, Bd. 1, Leipzig [2]1899, S. 252.

[7] Vgl. Ute Planert, Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität, Göttingen 1998, S. 104–110.

[8] Vgl. Raffael Scheck, Mothers of the Nation. Right-Wing Women in Weimar Germany, Oxford/New York 2004, S. 23–47.

die als Organisatorinnen und Meinungsmacherinnen besonders geeignet erschienen[9].

Die früher gepriesene unpolitische Haltung galt auf rechter Seite nun als „Sünde", denn das Deutsche Reich dürfe nicht den Linken und Demokraten überlassen werden[10]. In Fortsetzung der auf die „Heimatfront" ausgeweiteten Kampfrhetorik des Ersten Weltkriegs forderte der Zeitungsredakteur Felix Neumann kurz vor den Reichstagswahlen von 1920 stellvertretend für viele andere:

> „Da muss die deutsche Frau des breiten Mittelstandes in vorderster Linie stehen und zeigen, daß sie mündig wurde und sich der schweren Verantwortung, die auf ihre Schultern gelegt ward, auch bewußt ist. ‚Sturmzeit', ‚Wolfszeit', deutsche Frau, [...] greife – hineingewachsen in die Anforderungen dieser Epoche – zur geistigen Waffe und hilf mit, den Legionenansturm zu bestehen, den Bolschewismus, Fremdtümelei, Feindeshaß, Parteihader gegen das Fortbestehen Deutschlands entfesselten!"[11]

Dieser dramatische Appell erschien in der alldeutschen, radikalnationalistischen „Deutschen Zeitung", die vor 1918 ein bedeutsames Sprachrohr des organisierten Antifeminismus gewesen war[12]. Ein Element der politischen Kultur der Weimarer Republik war aber der parteienübergreifende Glaube, dass wegen vermeintlicher enormer Unterschiede zwischen den Geschlechtern nur Frauen selbst dazu in der Lage seien, die Wünsche von Wählerinnen zu erkennen und diese für Wahlen zu mobilisieren[13]. Aus diesem Grund setzten auch Tageszeitungen des rechten Spektrums nach 1918 auf Redakteurinnen, die die politische Meinungsbildung unter potenziellen Wählerinnen in eigenen Frauenbeilagen, aber auch im allgemeinen Teil der Zeitungen übernehmen sollten. Dabei fand ein bemerkenswerter Personalaustausch statt. Während bis 1918 in den Tageszeitungen Autorinnen dominierten, die politisches Engagement von Frauen scharf ablehnten, traten seit 1919

---

[9] Vgl. Eva Schöck-Quinteros, Der Bund Königin Luise. „Unser Kampfplatz ist die Familie...", in: dies./Christiane Streubel (Hrsg.), Ihrem Volk verantwortlich. Frauen der politischen Rechten (1890–1933), Berlin 2007, S. 231–268.

[10] Vgl. Carol Woodfin, Reluctant Democrats. The Protestant Women's Auxiliary and the German National Assembly Elections of 1919, in: Journal of the Historical Society 4 (2004), S. 71–112, hier S. 82 und S. 92f.

[11] Felix Neumann, Die Deutsche Frau und die Wahlen, in: Deutsche Zeitung vom 10. 5. 1920.

[12] Vgl. Planert, Antifeminismus, S. 123.

[13] Vgl. Julia Sneeringer, Winning Women's Votes. Propaganda and Politics in Weimar Germany, Chapel Hill/London 2002.

nach und nach Journalistinnen an ihre Stelle, die für eine intensive politische Mitarbeit von Frauen warben[14].

In diesem Prozess nahmen führende Funktionärinnen des Rings Nationaler Frauen (RNF) eine Schlüsselposition ein. Der RNF war die Dachorganisation für nationalistische Frauenvereine wie den Flottenbund Deutscher Frauen und den Deutschen Frauenbund, die 1920 von Ilse Hamel und Beda Prilipp gegründet worden war. Der RNF orientierte sich politisch am Alldeutschen Verband und am Juni-Klub, die beide für eine Radikalisierung des Konservatismus verantwortlich zeichneten. Ilse Hamel wurde Redakteurin bei der „Deutschen Zeitung", die 1917 vom Alldeutschen Verband übernommen worden war. Beda Prilipp trat eine Redakteursstelle beim „Tag" an, eine rechte Tageszeitung der Scherl-Presse, die zunehmend unter den Einfluss von Alfred Hugenberg geriet. Hamel und Prilipp waren zudem die Herausgeberinnen einer aufwändig gestalteten, illustrierten Zeitschrift mit dem Titel „Die Deutsche Frau", die im gleichen Verlag wie die „Deutsche Zeitung" erschien. Diese enthielt neben unterhaltenden und kulturellen Artikeln für Frauen des gebildeten Mittelstands auch zahlreiche politische Berichte und Kommentare. Der Ring Nationaler Frauen gab den Redakteurinnen einen Massenrückhalt. Schätzungen zufolge zählte er bei seiner Gründung 200000 Mitglieder. Ilse Hamel, Beda Prilipp und andere Journalistinnen entwickelten in ihren Medien neue semantische Angebote für die politische Beteiligung von Frauen.

4. Semantiken politischer Teilhabe

Die Repräsentanten rechter Parteien versuchten in der Weimarer Republik die Quadratur des Kreises: Sie verteidigten die Maxime, dass nur eine kleine Führungsschicht mit autoritären Vollmachten ausgestattet werden sollte, sahen es aber zugleich als notwendig an, Massen zu mobilisieren, um politisch zu überleben. Die Überwindung des demokratischen Systems rangierte unter den Zielen der Rechten ganz oben[15]. Die Frauen unter den radikalen Nationalisten, die sich als Mitarbeiterinnen von Tageszeitungen und als

[14] Vgl. dazu und im Folgenden ausführlich: Christiane Streubel, Radikale Nationalistinnen. Agitation und Programmatik rechter Frauen in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M./New York 2006, S. 199–244, S. 373–392, S. 68–72 und S. 121.

[15] Vgl. Larry Eugene Jones/Wolfram Pyta (Hrsg.), „Ich bin der letzte Preuße". Der politische Lebensweg des konservativen Politikers Kuno Graf von Westarp (1864–1945), Köln/Weimar/Wien 2006.

Herausgeberinnen spezieller Frauenzeitschriften an die Öffentlichkeit wandten, dachten ebenso. Antidemokratische Publizistinnen entwickelten ein eigenes Arsenal an Argumenten, um die politische Teilhabe von Frauen zu rechtfertigen und gleichzeitig die demokratische Idee zu attackieren. Drei grundlegende Stränge der Argumentation lassen sich identifizieren:

1. Die politische Mitarbeit von Frauen wurde in erster Linie nicht als etwas von Menschen Gewolltes und Hervorgebrachtes empfunden. Stattdessen sei ihre Beteiligung gleichsam schicksalhaft aus dem Verlauf der Weltgeschichte heraus entstanden. Die Notzeiten von Krieg, Revolution, Niederlage und die daraus folgende politische Ohnmacht des Deutschen Reichs hätten die Frauen in die Politik hineingezogen. Ihre Mitarbeit sei eine „natürliche Entwicklung" und „gottgewollte Ergänzung", die als unumkehrbar angesehen wurde[16].

2. Die politische Teilhabe von Frauen wurde irrational legitimiert. Ihr politisches Engagement gründete nicht auf der vernunftgemäßen Einsicht in unveräußerliche Menschenrechte, sondern resultierte aus der genuin weiblichen, quasi körperlich-biologischen Bindung an das eigene Volk. Da sie Mütter seien, laufe die „Kette der Geschlechter" unmittelbar durch den Körper von Frauen hindurch. Sie seien deshalb beherrscht von dem Wunsch, dass sich das gesamte Volk genauso wie ein leibliches Kind immer höher entwickele. Wegen dieses biologisch evozierten, organisch hervorgebrachten intensiven Verantwortungsgefühls gegenüber Vorfahren und Nachkommen würden Frauen für „nationale Selbstbehauptung" und „Wehrgeist" eintreten. Sie hätten folglich eine „biologisch bestimmte" positive Haltung zu einem machtpolitisch orientierten Staat, der Deutschland zu alter Größe zurückführen würde[17].

3. Die Argumentation für eine politische Teilhabe von Frauen gründete auf der Differenz der Geschlechter. Gerade weil Frauen ganz anders als Männer seien, könnten sie unverzichtbare Leistungen in der Politik erbringen. Ihre Hauptaufgabe war es nach Ansicht der radikalnationalistischen Aktivistinnen, das als unmündiges Kind imaginierte deutsche Volk zu erziehen und zu führen. Die natürliche Fähigkeit zur Mutterschaft wurde somit aus der Sphäre der Familie hinaus in die Gesellschaft übertragen. Die „tiefen Wunden" des Landes benötigten „heilende Frauenhände". Mit

[16] Ilse Hamel, Kulturverjüngung und junges Frauentum, in: Die Deutsche Frau vom 1.8.1923, S. 81f.

[17] Hannah Brandt, Vom Staatserlebnis der deutschen Frau, in: Die Deutsche Frau vom 1.7.1928, S. 296f.

ihrer mütterlichen Liebe und Zuversicht würden sie das Volk freimachen vom „Wahngebilde" des Klassenkampfs[18]. Wegen ihres natürlichen Sinns für Tradition, Bewahrung und Pflege würden sie dem Volk dessen große Geschichte in Erinnerung rufen und für den Erhalt der geistigen Kulturgüter sorgen[19].

In allen drei Argumentationssträngen spiegelten sich Grundannahmen rechter Politik der Zwischenkriegszeit wider: die Berufung auf die historische Gewachsenheit politischer Ordnungen (anstelle revolutionärer Umgestaltung), die irrationale, transzendentale Legitimation politischer Herrschaft und die Überzeugung von der ewigen Ungleichheit der Menschen, die im politischen System eines Volks berücksichtigt werden müsse. Die radikalnationalistischen Publizistinnen knüpften an zeitgenössische Konzepte von den permanent gültigen Eigenschaften der Frauen an, ihre Emotionalität und enge Bindung an ihre biologische Bestimmung, um zu erklären, warum gerade sie den politischen Zielen der Rechten zum Erfolg verhelfen würden: Die „Unwahrheit des Parteiwesens" werde von der Frau nicht in erster Linie aus rationalen Erwägungen abgelehnt, sondern tief empfunden[20]. Dies bedeute eine unmittelbare und gewissermaßen naturgegebene Gegnerschaft zum Parlamentarismus. Grundformen des parlamentarischen Systems wie die Auseinandersetzungen zwischen Parteien, ihre Koalitionen und Kompromisse, erschienen in den Texten der radikalen Nationalistinnen als genuin „unweiblich". Die „kleinliche Kampfesart" der Parteien liege nicht im Wesen der Frauen, die für unverrückbare Grundsätze und heilige Überzeugungen eintreten wollten[21]. Mit dieser Argumentation wurde ein Bild gezeichnet, das Frauen als unverzichtbare und den Männern überlegene Mitarbeiterinnen im Kampf gegen das parlamentarische „System" darstellte.

Ausdrücklich hieß es in den Texten radikaler Journalistinnen, dass diese Aufgaben nicht nur im eigenen „engen Umkreis" erfüllt werden könnten. Frauen müssten dem Volk die großen Linien der Entwicklung aufzeigen, es durch Meinungsbildung in Zeitungen erziehen und sich am Neuaufbau gerade auch des Staats beteili-

[18] Beda Prilipp, Politik vom Frauenstandpunkt, in: Deutsche Frauenwarte I (1920) Nr. 3.

[19] Vgl. Annagrete Lehmann, Deutschtum bekennen und deutsch handeln!, in: Die Deutsche Frau vom 15. 1. 1924, S. 1f.

[20] Ilse Hamel, Kräfte und Hemmungen, in: Die Deutsche Frau vom 1. 8. 1922, S. 193f.

[21] Ilse Hamel, Bünde, Parteien und wir Frauen, in: Die Deutsche Frau vom 15. 3. 1928, S. 131f.

gen[22]. Es sei unabdingbar notwendig, dass Frauen gemeinsam mit den Männern und ihnen ebenbürtig an der „Form der künftigen Welt" mitbauten[23].

Zugleich sollte die politische Führung an die „Besten" des Volks abgetreten werden. Wahre politische Führer seien hoch gebildet, inneren nationalen und sittlichen Bindungen verpflichtet und dienten „höchsten Schöpfungszielen" wie dem natürlichen Willen eines Volks zur Macht[24]. Da die Führenden stets von sich aus „das Ganze" im Blick hätten, dürften sie sich keinesfalls von tausend verschiedenen Willen „treiben" lassen. Diese Tausende hätten lediglich die Aufgabe, die Führenden aus ihrer Mitte herauszuheben und ihnen die Gewalt in die Hände zu geben[25]. Zu diesen führenden Persönlichkeiten konnten aus Sicht der rechten Journalistinnen auch Frauen gehören[26]. Gegenstand und Ziel der Politik war bei diesen Antidemokratinnen demnach nicht die pluralistische Aushandlung verschiedener Interessen und Meinungen auf der Grundlage der Volkssouveränität. Stattdessen forderten sie die Einschmelzung politischer Gegensätze zu einem vorgeblichen allgemeinen Volksinteresse. „Gute Politik braucht Gemeinschaft", hieß die Maxime, eine „gleiche gefühlsmäßige oder willensmäßige Gesamteinstellung"[27]. Es handelte sich bei dieser Idee der „Volksgemeinschaft" um ein Ordnungskonzept, das die allgemeine Anerkennung von Autoritäten und sozialen Hierarchien durchsetzen wollte.

Diese autoritären Vorstellungen wurden von Angeboten zur politischen Mitarbeit und Integration begleitet. Angesichts der schrecklichen Gegenwart der Demokratie sei die Mobilisierung und Politisierung des gesamten Volks zwingend erforderlich. Kein Teil des Volks dürfe sich in „unlebendiger Dumpfheit" treiben lassen[28]. „Niemand darf Privatmensch sein"[29], erklärte Ilse Hamel. Vorgänge

---

[22] Käthe Schirmacher, Die nationalpolitische Aufgabe der Frau, in: Deutsche Zeitung vom 9.9.1926.

[23] Elli Hense [richtig: Heese], Frauenpflichten und Frauenhoffnungen, in: Deutsche Zeitung vom 9.11.1929.

[24] Ilse Hamel, Frauenwille und Mannestradition, in: Die Deutsche Frau vom 5.10.1922, S.261f.

[25] Beda Prilipp, Dunkle Weihnacht – und doch Advent!, in: Die Deutsche Frau vom 15.12.1923, S.129f.

[26] Vgl. Streubel, Radikale Nationalistinnen, S.295–302.

[27] Else Vorwerk, Frau und Volksgemeinschaft, in: Die Deutsche Frau vom 1.8.1928, S.343f.

[28] Hannah Brandt, Errungenschaften oder Ziele?, in: Die Deutsche Frau vom 1.9.1923, S.93f.

[29] Ilse Hamel, Auf dem Wege zur Volksgemeinschaft, in: Deutsche Frauenwarte 1 (1920) Nr.7, S.1.

und Inhalte, die zuvor vielfach als unpolitisch galten, wurden kommunikativ umgedeutet und erhielten politische Relevanz. Dazu zählten die Wahl des richtigen Ehepartners nach „rassischen" Maßstäben, die Erzählung altdeutscher Sagen im Familienkreis und die Sorge um Not leidende „Volksgenossen" in der Nachbarschaft. Die Außengrenzen des Politischen wurden durchlässig und die Möglichkeiten politischer Teilhabe semantisch erweitert, um auch Frauen, die keine Gelegenheit zu Partei- oder Parlamentsarbeit hatten, in den politischen Kampf zu integrieren. Radikalnationalistische Publizistinnen leisteten in der Weimarer Republik auf diese Weise einen Beitrag dazu, die Semantiken des Politischen auf vormals als unpolitisch und privat vorgestellte Räume auszudehnen und diese dem totalen Anspruch des Staates auszusetzen.

Besonders seit den frühen 1930er Jahren standen nicht mehr Parlament und Wahlrecht im Fokus des politischen Interesses dieser Autorinnen, sondern der Zusammenschluss von Frauen und Männern in strengen Gesinnungsbünden, deren Mitglieder überall und zu jeder Zeit für ihre Weltanschauung eintraten und gegen die Demokratie kämpften[30]. Gegen Ende der Republik liefen die Vorstellungen radikaler Nationalistinnen auf eine strikte Scheidung in rechte und linke Politik hinaus. Hierbei müssten die rechten, „nationalen" Kräfte den Sieg über die Demokraten und Linken davontragen, da sonst nichts weniger als der Untergang des Deutschen Reichs drohe. Der Ausschluss der Linken aus dem „Volkskörper" galt den Vertreterinnen des Rings Nationaler Frauen nun als erklärtes Ziel ihrer Politik. Nur auf diese Weise sei die Rückkehr zu einer das ganze Volk umfassenden Gemeinschaft möglich[31]. Die brutale Verfolgung von Sozialdemokraten und Kommunisten nach 1933 war aus Sicht dieser politischen Ideologinnen deshalb folgerichtig und gerechtfertigt. Grundsätzlich überwogen in den Artikeln der Publizistinnen aber abstrakte Postulate und ideologische Glaubensbekenntnisse. In ihren Texten stellten sie weder konkrete Forderungen auf, wie die von ihnen gewünschte politische Struktur aussehen sollte, noch äußerten sie Pläne für eine Verfassungsreform. Sie begnügten sich vielmehr damit, Demokratie und Parteienstaat herabzusetzen.

---

[30] Vgl. Margarete Adam, Die Frau und die nationale Bewegung, in: Die Deutsche Frau vom 1.9.1931, S.397f.

[31] Beda Prilipp, Zehn Jahre politische Arbeit der nationalen Frau, in: Die Deutsche Frau vom 15.1.1929, S.35f.

5. Fazit: Die neue Teilöffentlichkeit radikaler Nationalistinnen

Die radikalen Nationalistinnen des Rings Nationaler Frauen schufen mit eigenen Medien und in Frauenbeilagen, die in den Zeitungen der politischen Rechten erschienen, eine neue politische Teilöffentlichkeit. Diese war jedoch weniger eine Gegen- als eine ergänzende Öffentlichkeit in reformerischer Absicht. Die Journalistinnen bemühten sich um Einflussnahme auf die öffentliche Meinung im eigenen politischen Lager, versuchten, ihre Themen zu etablieren und überkommene Ansichten über die Position von Frauen in der Politik umzuformen; ihre Leistungen sollten nun sichtbar werden. Eines der wichtigsten Ziele war die Integration in die männlich dominierte nationalistische Öffentlichkeit. Zugleich waren sie mit ihrer radikalen Agitation gegen den demokratischen Staat aber auch Hilfskräfte der revolutionären Rechten. Die radikalen Nationalistinnen wollten den demokratischen Staat nicht verändern, sondern abschaffen. Damit verweigerten sie sich der Ausbildung einer allgemeinen Öffentlichkeit, die allen gesellschaftlichen Gruppen die Beteiligung an der Meinungsbildung zuerkannt hätte[32].

In der von Männern dominierten Pressewelt des radikalnationalistischen Lagers wurden die Einflussversuche der Publizistinnen wie durch einen Filter wahrgenommen. Als relevant erschien das Engagement vor allem der Frauen, die Erfolge rechter Parteien bei den Wahlen befördern konnten. Gern gesehen war außerdem die Entwicklung neuer antidemokratischer Argumente, die speziell auf die Lebenswelten und Erfahrungen von Frauen zugeschnitten waren. Einige männliche Führungspersonen der Rechten erkannten in den Debatten um die Politisierung der angeblich unpolitischen Frauen, dass in diesem Kontext Frauenorganisationen und -medien entstanden, die in politischen Fragen adressierbar waren und für politische Ziele eingesetzt werden konnten. Forderungen nach gleichberechtigter Beteiligung von weiblichen „Persönlichkeiten" an allen politischen Entscheidungsprozessen wurden hingegen von der Mehrheit überhört. Die Chancen von Frauen auf politische Teilhabe blieben nach 1918 im rechten Lager deutlich schlechter als die der Männer. Von vielen Partizipationsformen und -kanälen waren sie weiterhin ausgeschlossen. Ihre Aktivitäten erhielten weitaus weniger Aufmerksamkeit als die männlicher Organisationen

[32] Vgl. z.B. Beda Prilipp: Die Einheitsfront und ihre Störer, in: Deutsche Zeitung vom 12.6.1921; Ilse Hamel: Deutscher gegen jüdischen Geist. Aufgaben der Presse, in: Deutsche Zeitung vom 24.6.1925.

und Bünde[33]. Die Publizistinnen waren politische Neulinge, die um wirksame Netzwerke, Einfluss auf die politische Semantik und ihren Platz in den öffentlichen Sprechräumen kämpfen mussten. Zur Unterstützung ihrer Forderungen führten sie die Wahlergebnisse in einigen Regionen an: Analysen hatten nämlich ergeben, dass die DNVP häufiger von Frauen als von Männern gewählt wurde[34]. Ähnlich wie im Verhalten gegenüber der Arbeiterschaft waren Parteiführer der Rechten deshalb zu symbolischer Aufwertung und subalternem Einschluss bereit. Sie akzeptierten auch manche Neuerungen: politische Kundgebungen von Frauenvereinen, ihre Publikationstätigkeit sogar in allgemeinen Tageszeitungen und die Übernahme von politischen Aufgaben auf eng abgezirkelten Gebieten. Die radikalen Antifeministinnen und Antifeministen, die dieses Segment der politischen Öffentlichkeit noch im Kaiserreich dominiert hatten, wurden dagegen mit ihrem Ideal der „unpolitischen Frau" infolge der neuen Realität des Frauenwahlrechts und der unermüdlichen antidemokratischen Agitation politischer Journalistinnen in den deutschnational-alldeutschen Medien für viele Jahre an den Rand gedrängt. Erst die Demokratie eröffnete ihren radikalsten *Gegnerinnen* die Möglichkeit zu intensiver politischer Mitsprache.

[33] Vgl. Christiane Streubel, „Meine Herren und Damen!" Rednerinnen der deutschnationalen Fraktion im Parlament der Weimarer Republik, in: Doerte Bischoff/Martina Wagner-Egelhaaf (Hrsg.), Mitsprache, Rederecht, Stimmgewalt. Genderkritische Strategien und Transformationen der Rhetorik, Heidelberg 2006, S. 113–142.

[34] Vgl. den Artikel: Wie wählt die Frau? Garnicht – oder besser als der Mann, in: Deutsche Zeitung vom 19.5.1928, S. 1.